

## Was soll das, Herr Scholz?

Der Kanzlerkandidat der SPD sollte für ökonomische Vernunft stehen. Seine Pläne lassen diese vermissen | Von Detlef Prinz



Pläneschmied: Bundesfinanzminister und Kanzlerkandidat der SPD Olaf Scholz

Was hat sich Bundesfinanzminister Olaf Scholz bloß dabei gedacht? Während sich Millionen Menschen in Deutschland – seien es nun kleine und mittlere Unternehmer, Selbstständige in allen Branchen, Kulturschaffende, aber auch unzählige Beschäftigte in vielen von der Coronapandemie betroffenen Branchen – Sorgen um die Zukunft ihrer Betriebe und ihrer Jobs machen, kündigt der Bundesfinanzminister mitten in der größten und längst nicht ausgestandenen Wirtschaftskrise unseres Landes Steuererhöhungen nach der Bundestagswahl im nächsten Jahr an. „Was erlauben Scholz?“ könnte man mit Giovanni Trapattoni fragen, doch die Sache ist weder spaßig noch der Lage unseres Landes angemessen.

Vor allem die wirtschaftliche Lage für sehr viele kleine und mittelständische Unternehmen ist nämlich inzwischen aufgrund der Pandemie mehr als kritisch. Sie kämpfen täglich um das Überleben ihrer Unternehmen – allzu häufig um ihr Lebenswerk. In meinem persönlichen Umfeld erlebe ich fast wöchentlich, dass Unternehmen schließen oder Insolvenz anmelden müssen – allein die seit 1. März 2020 ausgesetzte Insolvenzantragspflicht und der eingeschränkte Betrieb der Insolvenzgerichte führen dazu, dass es noch keine Insolvenzwelle bei uns gibt. Die wirkliche wirtschaftliche Krise schieben wir sozusagen vor uns her und hoffen, dass die Konjunktur im nächsten Jahr auf breitem Fundament so stark wieder anspringt, dass aus der befürchteten Insolvenzwelle kein Tsunami wird.

Der Satz fehlt in keiner Sonntagsrede eines Politikers: Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist der Mittelstand. Und es stimmt: Wir, die kleinen und mittleren Unternehmer, die für jeden Kredit haften, sind diejenigen, die unser Wirtschaftssystem am Laufen halten. Die Vorstände großer DAX- oder MDAX-Unternehmen arbeiten nicht mit eigenem Geld. Doch bei diesen Unternehmen zeigt sich der Staat aktuell wenig knauserig, sie bekommen Staatshilfen, Zuschüsse und Kredite.

Wenn dann in einer solchen außergewöhnlichen wie unvergleichbaren wirtschaftlich-pandemischen Begleitkrise ein Bundesfinanzminister und gerade nominierter Kanzlerkandidat der SPD Steuererhöhungen für die Zeit nach der in einem Jahr stattfindenden Bundestagswahl ankündigt, dann stelle nicht nur ich mir Fragen, die allesamt auf der Hand liegen: nämlich die nach der ökonomischen Vernunft allgemein, der politischen Klugheit und schließlich der Gestaltungskompetenz für die Zukunft unseres Landes der Regierungspartei SPD und ihres Kandidaten für das Amt des Regierungschefs.

1. Wenn die Hälfte der Wirtschaft Psychologie ist, dann ist es schon per se eine große Torheit, mitten in der größten Wirtschaftskrise unseres Landes Steuererhöhungen anzukündigen. Dass die beiden SPD-Vorsitzenden diese Ankündigung schon vor Monaten in den Raum stellten, konnte man noch ignorieren, weil sie ja mit diesem „Programm“ an die Spitze ihrer Partei gewählt wurden – von Scholz als amtierendem Bundesfinanzminister und Kanzlerkandidat der SPD habe ich anderes erwartet.

2. Damit bin ich aber an einem entscheidenden Punkt: Wer auch immer geglaubt hatte, mit einem Kanzlerkandidaten Scholz zöge nicht nur ökonomische Vernunft

in die SPD ein, sondern auch ein personell attraktives Angebot an die ökonomische Mitte unseres Landes, der wendet sich verstört ab. Die SPD und ihr Kanzlerkandidat bemühen sich gar nicht mehr um die scheinbar „besserverdienende Mitte“ des Landes, sondern sehen sie allein als Objekt der finanzpolitischen Tagträumereien. Wie man so Wahlen gewinnen will, ist mir als langjährigem SPD-Mitglied ein Rätsel.

3. Mich treibt seit geraumer Zeit die Frage um, ob die politischen Parteien in Deutschland überhaupt noch eine Vorstellung von der Zukunft haben. Denn es ist doch klar, dass die Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten gewaltig sein werden. Ohne hier alle auch nur stichwortartig aufzuzählen, die ungeheuren Summen verschlingen werden – neben den hunderte von Milliarden Euro schweren Vorsorgeaufwendungen der Vergangenheit, die bereits rechtlich zugesagt sind (wie u. a. Renten, Pensionen, soziale Leistungen, Klimaschutz, Kohleausstiegskosten, langfristige Investitionen, steigende Verteidigungsausgaben, EU-Beiträge) –, sind die budgetären Pflicht-Ressortausgaben fast kaum noch zu kürzen. Das bedeutet aber, dass wir inzwischen strukturell erheblich mehr für den Erhalt des Alten statt für die Entwicklung des Neuen aufwenden. Diese Entwicklung bedroht die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Ein Blick zurück, wie es anders laufen könnte, sei erlaubt: In der ersten Großen Koalition unseres Landes – zwischen 1966 und 1969 – gab es mit Franz Josef Strauß und Karl Schiller als Finanz- und Wirtschaftsminister ein Tandem, das für Stabilität und Fortschritt stand. Genau ein solches Tandem würde ich mir heute für eine zukunftsorientierte Krisenbewältigungsstrategie wünschen. Eine Wirtschaftspolitik, die dem Mittelstand nachhaltig hilft, indem sie gemeinsam mit den Unternehmen aller Branchen gezielte Hilfen für ihre Rettung, aber auch Entwicklungsfelder für die Zukunft unseres Landes ohne parteipolitischen Gezänk und Kleinklein gestaltet: Ein Stabilitäts- und Fortschrittsprogramm müsste das Ziel sein – den Wahlkampf können die Matadore dann ab nächstem Frühjahr 2021 starten.

Stattdessen erleben wir schon jetzt einen Dauerwahlkampf der Parolen, in der die Ankündigung von Steuererhöhungen nach der Bundestagswahl die seltsamste Stillblüte eines Kanzlerkandidaten ist, von dem anderes erwartet wurde und wird. Wer sich in seiner politisch nach „links“ gerückten Partei als Kanzlerkandidat beliebt machen will, der darf das natürlich tun. Worauf er allerdings achten sollte, ist, bei allem Schaden, den die Wirtschaft derzeit aufgrund der Corona-Pandemie erleidet, nicht noch zusätzliche Lasten zum völlig falschen Zeitpunkt aufzutürmen. Mit Karl Schiller sage ich nur: „Genossen, lasst die Tassen im Schrank!“ Und zwar im Interesse unserer Unternehmen und des Wohlstands von Millionen Beschäftigten, der daran hängt.



DETLEF PRINZ

ist Verleger des Hauptstadtbrieft.

## Und doch: Wir können das schaffen

Fünf Jahre nach Angela Merkels berühmtem Satz. Eine politische Begriffserklärung | Von Marina Munkler

Als Angela Merkel ihren berühmt gewordenen Satz „Wir schaffen das!“ aussprach, waren bereits etwa 570 000 Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Pegida demonstrierte in Dresden seit nahezu zehn Monaten gegen muslimische Migranten, Flüchtlingswohnheime waren in Brand gesteckt worden, und ein großer Teil der Deutschen stand Ausländern, insbesondere muslimischen, aber auch schwarzen Afrikanern ablehnend gegenüber. Als die Bundeskanzlerin den Satz aussprach, traf er also in Teilen auf eine Öffentlichkeit, die es nicht schaffen wollte. Diejenigen, die sich von dem Satz so provoziert fühlten, wollten das Gegenteil.

Und die Qualitätspresse stimmte zu erheblichen Teilen in einen Chor ein, der zwar nicht unbedingt „Wir wollen nicht!“, aber dafür mit umso größerer Überzeugung „Wir können nicht!“ antimmte; vielmehr stimmig zwar, aber mit eben jenem immer gleichen Geht-nicht-Refrain. Und über längere Zeit sah es so aus, als würden die Nicht-Wollender und die Nicht-Könnender die Oberhand gewinnen.

Dazwischen gab es andere Stimmen, die zwar auch vernehmlich waren und zeitweise eine erhebliche mediale Präsenz genossen, die Vertreter einer Willkommenskultur nämlich, die auf Bahnhofen Geflüchtete teilweise begeistert begrüßten und damit eine bis dahin in Deutschland nie dagewesene Aufnahmebereitschaft demonstrierten. Aber ihnen gelang es zu keinem Zeitpunkt, die mediale Berichterstattung zu dominieren und die gesellschaftliche Stimmung zu drehen. Für sie war das „Wir schaffen das!“ ein Ansporn zu etwas, was ohnehin ihrem eigenen Wunsch entsprach. Sie wollten es schaffen.

Freilich konnten nicht alle diesen Anspruch einlösen. Manche schafften es einfach nicht, ihr Engagement durchzuhalten und Enttäuschungen wegzusteuern; Enttäuschungen der unterschiedlichsten Art: Enttäuschung durch die Behörden, durch die Fallstricke von Asylrecht und Abschiebungspraxis, durch Geflüchtete, die die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnten oder erfüllen wollten.



Selfie mit Kanzlerin: der Geflüchtete Shaker Kedida aus Mossul in Berlin am 10. September 2015

Was aber sollte geschafft werden? Und wie sollte das gehen? Das nicht mitgesagt zu haben, ist der Kanzlerin schon bald und in den Jahren danach wiederholt vorgeworfen worden, auch von ihrem damaligen Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Was sich darin ausdrückt, ist eine völlige Verkennung dessen, was eine Pressekonferenz leisten kann. Die Kanzlerin versuchte, eine in Teilen den Geflüchteten gegenüber extrem negativ eingestellte Bevölkerung für ein Projekt zu gewinnen, indem sie ihr signalisierte, dass es bewältigt werden könne. Sie versuchte, Zuversicht angesichts einer großen Herausforderung zu verbreiten, was zweifellos eine wichtige Aufgabe politischer Führung ist. Das Problem bestand aber darin, dass sie nicht auf Skepsis stieß, die von Zuversicht überwunden werden kann, sondern auf Pessimismus, der sich gegen Zuversicht bereits immunisiert hatte, und in Teilen auf tiefe Ablehnung, für die ein „Wir schaffen das!“ eine Provokation war.

Geschafft werden sollte zunächst die administrative Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme. Wie schwierig das war, zeigten nicht zuletzt die Bilder von der deutsch-österreichischen Grenze, wo es teilweise nicht mehr gelang, den Flüchtlingsstrom so zu steuern, dass eine reguläre Registrierung möglich war, und von Aufnahmeeinrichtungen wie dem Berliner Lageso. Tagelang im völlig überfüllten Hof des Lageso im Matsch stehende Geflüchtete, die auf ihre Registrierung warteten, und teilweise sehr schwierige Bedingungen in den Erstaufnahmeinrichtungen, die häufig aus Zelten oder Turnhallen mit Feldbetten und zu wenigen sanitären Einrichtungen bestanden, erzeugten auch bei Menschen, die nicht grundsätzlich gegen eine Aufnahme von Geflüchteten waren, Skepsis gegenüber dem Versprechen „Wir schaffen das!“.

Dennoch entwickelte sich erstmals eine Bewegung, die die Aufnahme von Geflüchteten als persönliche Aufgabe wahrnahm, die unter „wir“ nicht die Regierung und die nachgeordneten Behörden verstand, sondern die gesamte Gesellschaft. Für diese Gruppe war Integration weniger eine Bringschuld der Aufgenommenen als vielmehr eine Selbstverpflichtung der Aufnehmenden: Integrieren, davon war diese Gruppe überzeugt, kann der Geflüchtete sich in eine fremde Gesellschaft nicht selbst. Das gelingt ihm nur, wenn er Beziehungen aufbauen kann, die ihm das „Mit-leben“ in der Gesellschaft im Sinne eines Miterlebens ermöglichen. Insofern waren die von Flüchtlingsinitiativen rasch aus dem Boden gestampften Angebote, wie die Begleitung zu Ämtern, Deutschkurse, juristische Beratung, bis hin zu zur Aufnahme von Flüchtlingen in die eigene Wohnung, ein Versuch, von Beginn an zu integrieren.

Das kollidierte nicht selten mit dem Asylrecht und der Asylrechtspraxis, die auf Prüfung, Sortierung und gegebenenfalls Abschiebung von nicht als asylberechtigten Anerkannten setzte. Wobei Letzteres nur in wenigen Fällen gelang und teilweise mit unbilligen Härten verbunden war.

Dennoch hatte der Satz „Wir schaffen das!“ auch dort eine performative Dimension: Denn zum ersten Mal wurde man sich, bis weit in das konservative Lager hinein, darüber klar, dass man nicht Menschen aufnehmen und ihnen dann die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Sprache, Kultur und gesellschaftlicher Reproduktion, sprich Arbeit, verweigern konnte. Und so wurden, bei allen Rückschlägen und dem Ziel der Integration widersprechenden Handlungen wie der Einrichtung von sogenannten „Ankerzentren“, zum ersten Mal im großen Stil Deutsch- und Integrationskurse angeboten, die ein großer Teil der Geflüchteten wahrnehmen durfte. Und zum ersten Mal wurden Asylbewerber und schließlich auch Geduldete vom Arbeitsmarkt nicht vollständig ausgeschlossen. Das bis dahin getan zu haben, gehört zu den politischen Sünden der Bundesrepublik, die auf einer Lebenslüge beruhen: dass Geflüchtete und Asylsuchende nur eine Zeitlang dableiben und folglich auch nicht wirklich integriert werden müssten.

Heute ist ungefähr die Hälfte der Asylsuchenden aus den Jahren 2015/16 in den Arbeitsmarkt integriert. Und dennoch ist aus dem Land und der medialen Berichterstattung noch nicht zu hören: Wir haben das geschafft, die andere Hälfte schaffen wir auch noch. Das aber sollten wir auch noch schaffen.



PROF. DR. MARINA MÜNKLER

lehrt Ältere und frühneuzeitliche deutsche Literatur und Kultur an der TU Dresden. 2016 erschien ihr Buch zum Thema (mit Herfried Munkler): „Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft“ (Rowohlt Berlin).

DER HAUPTSTADTBRIEF

Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: [www.derhauptstadtbrief.de/newsletter](http://www.derhauptstadtbrief.de/newsletter)

## DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadegrad.

## Barriere-Freiheit

#AbleismTellsMe sei satt, sauber und still. Alle anderen Ansprüche sind extrem undankbar von dir.“ (Tanja Kolodzievski/RolliFrauLein) <https://twitter.com/RolliFrauLein/status/1300842010589499392?s=20>

„#AbleismTellsMe dass meine Daseinsberechtigung für diese Gesellschaft kein Fakt sondern Verhandlungssache ist.“ (Debora Antmann/@DontDegradeDebs) <https://twitter.com/DontDegradeDebs/status/1300871116802662401?s=20>

Zwei Sichten auf #AbleismTellsMe, ein Hashtag, der durch die US-Aktivistin Kayle Hill (<https://twitter.com/kaylejh>) auf Twitter initiiert wurde, um auf die Diskriminierungserfahrungen behinderter Menschen aufmerksam zu machen.

Ableismus umfasst als Begriff dabei noch mehr als das Problem der Behindertenfeindlichkeit. Er kommt vom englischen „to be able“, also „fähig sein, etwas zu tun“. Er bedeutet, dass wir alle anhand unserer kognitiven und körperlichen Fähigkeiten beurteilt und auf- oder abgewertet werden. Die gesellschaftliche Norm lautet: Nicht behindert und gesund müssen wir sein. Darüber werden unsere Körper stets beurteilt, wobei kaum in Frage gestellt wird, welche Maßstäbe hierfür überhaupt gelten. Diese Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Körper trifft behinderte Menschen am härtesten. Was für eine Gesellschaft sind wir aber, wenn wir den Wert von Menschen allein an ihrer Leistungsfähigkeit festmachen?

Während Nichtbehinderte meist nur an Rollstuhlfahrer\_innen und Rampen denken, zeigt #AbleismTellsMe das breite Spektrum der Probleme mit unseren gesellschaftlichen Strukturen, Gesetzen und Vorurteilen. Es zeigt, dass es sichtbare Behinderungen gibt genauso wie unsichtbare – zum Beispiel im Fall chronischer Erkrankungen, die man jemandem nicht immer direkt ansieht. Oder dass Barrieren mitnichten nur aus Treppen bestehen, sondern es genauso die fehlende Lautsprecheranlage in der Bahn sein kann oder die verweigerte Kostenübernahme für eine persönliche Assistenz.

Am häufigsten gilt in Deutschland beim Thema Behinderung immer noch das Prinzip: Aus den Augen, aus dem Sinn. Man denke dabei nur an die Behindertenwerkstätten, in denen für einen Hungerlohn vollkommen abseits des sonstigen Arbeitsmarkts gearbeitet wird. Trotzdem soll das noch als Inklusion verkauft werden.

Deshalb sind Hashtags wie #AbleismTellsMe so wichtig. Sie brechen die Unsichtbarkeit und Klischees auf und machen deutlich, dass die Defizite nicht bei behinderten Menschen liegen, sondern bei unserer Gesellschaft. Oder wie die Autorin Laura Gehlhaar treffend formuliert: „Meine Behinderung gehört nicht mir alleine, sie gehört all denen, die sie mitverursachen.“ <https://editionf.com/female-future-force-interview-laura-gehlhaar/#>